

PRESSESPIEGEL

12.01.2016 DAS INVESTMENT:
„Das Deutschlandrente-Konzept hat drei große Fehler“
(Online-Ausgabe)

[DAS INVESTMENT.COM](https://www.dasinvestment.com)

Jung, DMS & Cie.-Chef Sebastian Grabmaier

„Das Deutschlandrente-Konzept hat drei große Fehler“



Sebastian Grabmaier, Vorstandschef bei Jung, DMS & Cie.

Riester- und Rürup-Rente sind nicht genug: Drei hessische Minister schlagen nun Deutschlandrente als zusätzliche Altersvorsorge vor. DAS INVESTMENT.com fragte bei Maklerpools, Fondsgesellschaften und Finanzberatern nach, was sie von dem Konzept halten. Sebastian Grabmaier, Vorstandschef bei Jung, DMS & Cie. macht den Anfang.

Hintergrundinfo: Um Altersvorsorge für Bürger attraktiver zu machen und Altersarmut zu verhindern, schlagen Hessens Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir, Sozialminister Stefan Grüttner und Finanzminister Thomas Schäfer das Altersvorsorge-Konzept Deutschlandrente vor. Das Standardprodukt soll zum Selbstkostenpreis von einem zentralen Rentenfonds verwaltet werden. Jeder Arbeitnehmer, der nicht widerspricht, soll automatisch jeden Monat einen Beitrag in das Rentenprodukt einzahlen (Opt-Out-Modell). Der Deutschlandfonds legt das Geld an. Weitere Informationen finden Sie [hier](#)

DAS INVESTMENT.com: Halten Sie die Deutschlandrente in der Form, wie die die drei Minister vorschlagen, für ein realistisches Modell?

Sebastian Grabmaier: Auf der einen Seite ist es ja erfreulich, dass durch neue Vorschläge frischer Wind in das Thema der betrieblichen Altersvorsorge kommt. Dass dies allerdings durch das völlig in die falsche Richtung zielende Konzept der Deutschlandrente geschieht, ist mehr als bedauerlich.



PRESSESPIEGEL

Inwiefern? Wo sehen Sie Schwachstellen des Deutschlandrente-Konzepts?

Grabmaier: Das Deutschland-Rente-Konzept hat drei große Fehler, die es zu einem Albtraum machen. Der größte Fehler des Konzeptes ist die Zuweisung der Zuständigkeit an den Staat. Unter dem Motto „Billiger Staat, teure Wirtschaft“ soll für den einzelnen Sparer mehr Rendite erzielt werden, als in der privaten oder der vorhandenen staatlichen Vorsorge. Leider gibt es in der Geschichte kein einziges Beispiel dafür, dass der Staat den Markt langfristig schlagen kann.

Es scheint schon vergessen zu sein, dass in der Finanzkrise gerade die staatlichen Landesbanken zu den größten Verlierern gezählt haben. Zumal ein solcher Staatsfonds Begehrlichkeiten wecken wird. Die Gefahr des staatlichen Missbrauchs des von breiten Bevölkerungsgruppen eingezahlten Kapitals ist real – wie die fortdauernde Nutzung der Sozialkassen für versicherungsfremde Leistungen deutlich werden lässt.

Befürworter des Konzeptes halten damit auch nicht hinter dem Berg: Schon in den ersten Reaktionen wird die **Staatsfonds-Idee** für den Ansatz gelobt, eine „marktferne und gemeinwohlorientierte Anlagemöglichkeit zu finden“. Dass mit einem großen Zentralfonds mit Milliardenbeträgen dann sozialpolitische oder planwirtschaftliche Zwecke verfolgt werden und nicht das vordergründig gewünschte Ziel einer nachhaltigen Altersversorgung für den Bürger, ist für Sparer aber ein absoluter Albtraum!

Der zweite Schwachpunkt ist, dass mit einem **Einheitskonzept** alle Sparer, unabhängig von ihrer persönlichen Situation, also insbesondere unabhängig von ihrem Alter und Lebenszyklus, einer einheitlichen Anlagepolitik ausgesetzt wären. Gerade jungen Arbeitnehmern und ihren Arbeitgebern wird damit die Möglichkeit genommen, eine dem jeweiligen Alter angepasste Risikostruktur für ihr Anlagekapital, also insbesondere eine hohe Aktienquote zu wählen. Lebenszyklusmodelle der Anlage sind jedoch ein Wesensmerkmal aller modernen Alterssicherungssysteme. Einheitsmodelle dagegen vergeben Renditechancen.

Der dritte Fehler ist die **Auswirkung** der schieren Größe eines Staatsfonds **auf die Unternehmensfinanzierung** und damit –steuerung: Im Laufe einer gar nicht so langen Zeit könnte der Staatsfonds in vielen deutschen Aktiengesellschaften zu den großen Aktionären zählen, mit entsprechendem Einfluss in der Hauptversammlung und im Aufsichtsrat. Das sich dies zum Vorteil der Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Unternehmen und der Freiheit des Marktgeschehens auswirken wird, darf stark bezweifelt werden.

Und welchen Nutzen hätte das Modell im Vergleich zu bereits bestehenden Renten-Produkten wie zum Beispiel Riester-Rente?

Grabmaier: Ich sehe keinen. Etwaige Kostenvorteile durch den Entfall von Vertriebskosten würden schnell durch Verwaltungskosten und Ineffizienzen in der Kapitalanlage aufgefressen. Wegen der evidenten Schwachstellen ist die Einführung der Deutschlandrente unvernünftig. Das sieht der Wirtschaftsflügel der CDU auch so. Ich gehe daher nicht davon aus, dass der Vorschlag in der an Weihnachten vorgeschlagenen Form umgesetzt wird.

Halten Sie das Opt-Out-Modell für geeignet, Altersarmut vorzubeugen?

Grabmaier: Das Konzept eines „Opt-out“ ist zwar besser als eine Ausweitung der Rentenversicherungspflicht, ist aber immer noch eine Art Zwangsrente. Das Konzept lässt zwar auf dem Papier die Freiheit, keine Zahlungen an den Staatsfonds zu leisten, doch die meisten Bürger kennen sich in ihrer Gehaltsabrechnung schon heute nicht aus und werden daher keine freie Wahl treffen. Zur Bekämpfung der Altersarmut ist das Konzept deshalb schlecht geeignet, weil die Altersarmut eben nicht den viel zitierten „Eckrentner“ trifft, sondern vielmehr diejenigen, die aufgrund gebrochener Erwerbsbiographien oder individueller Lebensumstände wie etwa Krankheit, Schwangerschaft, Kinderbetreuung kürzere Anspannphasen haben. Das Konzept geht also weitestgehend am Ziel vorbei.

PRESSESPIEGEL

Kritiker der Deutschlandrente befürchten unter anderem, dass ein derart schwerer, zentral verwalteter Fonds, Marktverzerrungen bewirken könnte. Wie sehen Sie das?

Grabmaier: Das würde sicher so sein. Aufgrund der zu erwartenden Größe eines Staatsfonds, hat dieser künftig Einfluss auf die Unternehmensfinanzierung und damit -steuerung. Wenn man nicht wie in Norwegen Inland-Investments verbieten will, wird der Staatsfonds schnell in vielen deutschen Aktiengesellschaften zu den großen Aktionären zählen, mit entsprechendem Einfluss in der Hauptversammlung und im Aufsichtsrat. Der Staat kann sich dann aussuchen, welche Unternehmen er durch Kapital fördern will und welche nicht. Im schlimmsten Fall ändert sich die Anlagepolitik dann mit jedem Regierungswechsel alle vier Jahre. Dass sich dies zum Vorteil der Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Unternehmen oder der Freiheit des Marktgeschehens auswirken wird, darf stark bezweifelt werden. Von den negativen Auswirkungen auf die Rendite ganz zu schweigen.

Mit der Deutschlandrente würde der Staat die Altersvorsorge weitgehend in die eigene Hand nehmen und so Finanzberatern eine wichtige Einnahmequelle entziehen. Sehen Sie das Geschäft der Finanzberater dadurch bedroht?

Grabmaier: Das vorgeschlagene System eines „Opt-Out“ würde ja dazu führen, dass sich gut beratene Kunden einer sinnvolleren Altersvorsorgevariante zuwenden. Für gute Berater und Vermittler entstünde also kein Nachteil. Schade ist allerdings, dass die Breite der Bürger in ein System geschickt wird, dass langfristig nahezu genauso unsicher ist wie die heutige gesetzliche Rente.

Der deutsche Versichererverband GDV will mit einem 7-Punkte-Plan die Verbreitung der betrieblichen Altersversorgung (bAV) erhöhen. Wie bewerten Sie das bewährte bAV-Modell zum Aufbau einer zusätzlichen Altersvorsorge für Arbeitnehmer im Vergleich zur vorgeschlagenen Deutschlandrente?

Grabmaier: Wir brauchen sicher keinen weiteren Durchführungsweg in der betrieblichen Altersvorsorge, wie häufig angeregt wird. Vielmehr müssten die bestehenden Wege optimiert und besser vermarktet werden. Der 7-Punkte-Plan des GDV geht daher in die richtige Richtung. Im Ergebnis brauchen wir in Deutschland sicher weniger Staat als mehr Staat. Und langfristig hat sich immer wieder gezeigt, dass niemand den Markt schlagen kann. Dies heißt übersetzt auch, dass Norbert Blüm von der Realität widerlegt ist: Die staatliche Rente ist eben nicht mehr sicher bzw. reicht nicht mehr. Der Bürger muss privat vorsorgen. Und das ist allemal besser als das nun diskutierte schwarz-grüne Stück Planwirtschaft.